

**Europa (II)** Europäer aller Länder sind auf der Suche nach einer Idee: Wie soll das Europa der Zukunft aussehen? Könnte ein Staatenbund der europäischen Nationen funktionieren? Wie wäre eine arbeitsfähige Regierung in Brüssel zu konstruieren? Und wie könnte eine kontinentale Demokratie Einigkeit und Solidarität unter den Völkern hervorbringen? In einer dreiteiligen Serie berichtet der SPIEGEL über neue Pläne zum Umbau der Europäischen Union – und über die Chancen einer uralten Vision: der „Vereinigten Staaten von Europa“.

# Der große Sprung nach vorn

Über Jahrzehnte war es leicht, die Bürger auf die Europäische Union einzuschwören. Viele profitierten vom gemeinsamen Markt. Die Euro-Krise hat nun einen Rechtfertigungsdruck erzeugt. Eine neue EU scheint nötig. Reformwillige Politiker fordern deshalb eine Föderation der Nationalstaaten.

**E**uropa, ein Traumhaus: außen Glas, innen edle Hölzer. Ein Restaurant auf dem Dach, wo die Mächtigen die Beine von sich strecken, bei Kir Royal den Blick genießen können über den weiten Kontinent, den sie regieren. Nachts soll der große gläserne Würfel wie eine riesige Laterne leuchten.

Für 300 Millionen Euro – das ist etwa das, was Griechenland in einem Monat aus Brüssel bekommt – soll das Ratsgebäude an der Brüsseler Rue de la Loi entstehen. Die Kräne sind längst aufgestellt.

In Brüssel tragen alle wichtigen Gebäude wichtige Namen. Und dieses soll „Europa“ heißen, 2014 kann es fertig sein. Die Hochglanzprospekte des Traumhauses hat Ratspräsident Herman Van Rompuy den Staats- und Regierungschefs im Juni beim Euro-Rettungsgipfel auf ihre Tische gelegt, so nebenbei, um auch mal etwas Positives zur Sprache zu bringen. Doch das brachte ihm nichts als Ärger.

„Entsetzt“ war der britische Premier David Cameron beim Anblick der glitzernden Machtmaschine. „Ich frage mich, ob diese Institutionen eigentlich verstehen, was jedes Land, die ganze Öffentlichkeit durchstehen muss, wenn wir Haushalte kürzen und unsere Finanzen in Ordnung bringen.“

Das neue Haus „Europa“ wird deshalb, so beschloss die Runde der Staats- und Regierungschefs, vorerst in den offiziellen Papieren nicht mehr erwähnt. Die Protagonisten der europäischen Einigung, des Jahrhundertprojekts für Frieden, Freiheit, gutes Leben, gehen in Deckung. Das Schicksal des Euro und der Länder, die mit dem Geld nicht mehr klarkommen, steht auf dem Spiel.

Über das Schicksal wird in einem schlichten Bürohaus entschieden. Nichts leuchtet da, kein Pomp, keine Häppchen,

keine Dachterrasse. In dem grauen Gebäude des Rettungsfonds EFSF in Luxemburg wird gerechnet, gehandelt – nicht diskutiert. Nicht mal die Europafahne weht vor der Tür. Den finanziell aus den Fugen geratenen Kontinent über Wasser zu halten ist ein graues, unerfreuliches Geschäft hinter verschlossenen Türen.

„Demnächst“, fürchtet der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff, 45, „macht es plopp.“ Dann gehen in Brüssel die Lichter aus.

Der Stromausfall wäre die Folge eines Demokratie-GAU. Das Reißen der Verbindungsdrähte zwischen Brüssel und den Bürgern. Wenn das Vertrauen der Bürger, der „Völker Europas“ (EU-Vertrag) in Brüssel nicht mehr ankommt, arbeiten EU-Parlament, Rat und Kommission ohne Legitimationsgrundlage. Die Idee von Frieden, Freiheit, gutem Leben hätte keinen Saft mehr.

Schon jetzt wird europäische Politik weitgehend über die Köpfe der Bürger hinweg in vertraulichen Gesprächen zwischen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy gemacht, exekutiert nicht von der Kommission, sondern im Datenzentrum der EFSF. Schon jetzt empören sich die Völker über europäische Politiker, denen es nicht gelingt, die nationalen Volkswirtschaften aus dem Strudel der Finanzkrise zu retten. Schon rücken die Empörten mit ihren Zelten auf das Brüsseler Ratsgebäude vor. Schon müssen sich die Wortführer des Jahrhundertprojekts der europäischen Einigung mit Stacheldraht und Barrikaden vor den Völkern schützen.

Der Plopp-Effekt droht. „Bis zum Zerreißen gespannt“, sagt der Europäer Lambsdorff, seien „die Legitimationsstränge politischer Entscheidungen“ in Europa, „das quietscht und knirscht überall“. In den Mitgliedstaaten sehen das vie-

le Politiker und Europaexperten ähnlich. Vor einer „Entmündigung der europäischen Bürger“ warnt der deutsche Philosoph und bekennende Europäer Jürgen Habermas (siehe Seite 134). Und die europäische „Reflection Group“, ein Team von Wissenschaftlern und Politikern um den Spanier Felipe González, appelliert an die Politiker aller Länder, die „Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn die Bindungen zwischen der Union und ihren Bürgern gestärkt werden. Die Bürger erwarten echte politische Partizipation“.

Die wenigsten Bürger in Europa können nachvollziehen, was mit ihnen geschieht. Frankfurter Runde, deutsch-französische Krisentreffen, G 20, IWF, Troika bestimmen über Frieden, Freiheit, Wohlstand – wer hat die eigentlich gewählt? Wer kann die Begründungen für die neuesten Versuche, mit der Krise fertig zu werden, auch nur verstehen?

So gewinnt González' Sicht auf den Kontinent Anhänger: Nur ein vereintes Europa mit handlungsfähigen Brüsseler Politikern kann die nächste Krise verhindern, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte der EU ausbalancieren, dem Gewinnspiel der Märkte entgegenzutreten. Und Brüsseler Politik wird sich in den Völkern der EU nur durchsetzen lassen, wenn sie über eine gemeinsame, tragfähige demokratische Basis auf dem ganzen Kontinent verfügt.

Die Krise ist die Mutter aller Dinge. Für den Europaveteranen Javier Solana, 69, ist sie die „Chance für den großen Sprung“ – das Wagnis zu mehr Demokratie in Europa. Nur so, meint der ehemalige Nato-Generalsekretär und spätere Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sei „wirkliche politische Integration“ möglich.

Wie das gehen soll, lehrt Solana an der privaten Madrider Business-School Esade Geo und in Vorträgen in aller Welt. Der große Sprung geht nach Ansicht des Mannes mit dem weltweit bekannten Dreitagebart sogar ohne großen Umbau ab. Keine neuen Häuser, keine neuen Regierungen, sondern einfach dies: „Ich glaube an die Legitimierung durch Handeln.“

Denn ganz Europa steckt in der Legitimationskrise. Die demokratische Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts war intakt, solange es erfolgreich war, solange die Bürger den Mehrwert der über ihre Köpfe hinweg getroffenen Entscheidungen bestaunen oder – wie die Spanier – sogar genießen konnten.

„Zentralisiere ihre Brieftaschen, dann wirst du ihre Herzen gewinnen“, der Spruch James Madisons, des Gründervaters der amerikanischen Verfassung, gilt

auch in der Alten Welt – „Output-Legitimation“ nennen das die Demokratietheoretiker des 21. Jahrhunderts.

Legitimierung durch Handeln war einfach, solange es allen immer besser ging. In der Krise herrscht jedoch Not. „Die auf Integration, Solidarität und Demokratie ausgestellten Schecks der politisch herrschenden Klasse“, so drückt das der Flensburger Uni-Professor Hauke Brunkhorst aus, waren „nur durch Output-Legitimation gedeckt“. Mangels Deckung „müssen sie mit lautem Knall platzen“.

Plopp oder Knall: Um das zu verhindern, muss die Politik, wenn sie zukunftsfähig sein will, auf die Mittel der klassischen Demokratie zurückgreifen, von Leuten wie dem Soziologen Brunkhorst „Input-Legitimation“ genannt.

Der Input muss von den Bürgern ausgehen, von unten nach oben, durch Wahlen, aber auch durch Diskussionen; eben das mühsame Geschäft der politischen Meinungsbildung, für das die spanische Verfassung wie das deutsche Grundgesetz die Parteien vorsehen. Das Vordringliche,

sagt Solana, sei „eine europäische Öffentlichkeit“.

Die Politik muss sich um die Bürger bemühen, weil sie sie nicht mehr verwöhnen kann. Das ist „Legitimierung durch Handeln“. Die Bürger, sagt Solana, müssten „uns begleiten“. Damit sie den großen Sprung nach vorn akzeptieren, müssten die politischen Führer ihre Völker überzeugen.

Wer nicht mitkomme, werde verlieren: „Wenn wir nicht intelligent genug sind, diese Integration zu vollziehen, wird es eine privilegierte Wirtschaftsbeziehung zwischen den USA und China geben, und wir sind raus“, so Solana.

Doch wer ist wir? Das Problem, den Bürgern solche Botschaften zu vermitteln, liegt darin, dass sich niemand gemeint fühlt. Für den deutschen Demokratietheoretiker Brunkhorst ist dies die größte Gefahr für das Überleben Europas: Die Regierungen werden bald „niemandem im eigenen Land mehr erklären können, warum ‚wir‘ die Union nicht einfach platzen lassen“. Denn solange Europa von den Regierungen „der Deutschen“, „der Franzosen“ oder „der Spanier“ verwaltet werde, begreife kein Bürger, „dass wir, wenn wir in der globalisierten Welt über die Runden kommen wollen, schon lange nicht mehr die Deutschen, die Österreicher, Franzosen oder Holländer sind, sondern die Bürger Europas“.

„We the People“: Dieses große Wort am Anfang der über 200 Jahre alten Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika hat seine Kraft bis heute erhalten. Auf dieser Formel, auf dem Willen der vereinigten Bürger, wurde 1787 ein Weltreich gegründet, das sich frei machte von der Enge überkommener nationaler Bindungen. Eine Neue Welt ohne Grenzen. Eine Weltmacht der Werte, der Menschenrechte, des „pursuit of happiness“, des Strebens nach Glück. So war es jedenfalls gedacht.

„Wir, die Bürger“ – könnte dies die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ sein?

Der Traum von einer europäischen Vereinigung bleibt so lange Schaumgebäck, solange europäische Regierungen versuchen, die Integration auf dem Wege intergouvernementaler Absprachen voranzutreiben. Solange Europa von nationalen Potentaten gemacht wird, werden sich diese stets ausschließlich oder jedenfalls in erster Linie an die Leute wenden, deren Interessen zu vertreten sie vereidigt sind: ihre Wähler.

Das ist der wahre Pferdefuß aller Modelle, die auf einer enger werdenden Zusammenarbeit europäischer Regierungen beruhen. Auch Joschka Fischers Plan, nationale Parlamentarier in einer europäischen Runde zu versammeln, ändert nichts daran, dass die sich schließlich vor heimischen Wählern verantworten müssen. Solange die Demokratien Europas national organisiert und national orientiert sind, werden die Bürger niemals den Blick über den Tellerrand der eigenen Provinz heben können.

Die Verfechter intergouvernementaler Zusammenarbeit, auch Fischer, sehen das selbst. Wohlfeil ist das Versprechen, zu erst dem Parlament und schließlich den Wählern daheim die europäischen Belange so nahezubringen, dass sie – fast – als eigene gelten. Fast. Es dennoch hinzubekommen ist die Aufgabe von Gunther Krichbaum. Der CDU-Abgeordnete aus Pforzheim sitzt dem Europaausschuss des Deutschen Bundestags vor. Es ist wahrscheinlich der undankbarste Job, den ein Volksvertreter haben kann: Mit einer Stellungnahme zu Richtlinienentwürfen, mit winzigen Fortschritten der Assoziationsverhandlungen mit der Ukraine kann man sich im Bundestag nicht profilieren. Und werden die Bürger, Jahre später, mit den Folgen europäischer Politik konfrontiert, etwa bei der Durchsetzung des Verbots der guten alten Glühbirne, ist es längst zu spät für Debatten.

Die härteste Aufgabe für den 47-jährigen lauert im Wahlkreis: „Wie kriege

ich Europa zu den Bürgern?“ Die „Pforzheimer Zeitung“ liegt morgens auf Krichbaums Schreibtisch. Er blättert durch die Provinznachrichten: „Man muss den Menschen immer wieder erklären, welche politischen und wirtschaftlichen Vorteile wir insgesamt von der EU haben.“

Zum Beispiel die mittelständische Wirtschaft vor Ort. Zum Beispiel das nahe Hightech-Unternehmen, das EU-Vorschriften zu beachten hat. Und was sagt er, wenn eine Entscheidung aus Brüssel Nachteile für seine Wähler bringt?

„Bis zum Vertrag von Lissabon wurde die EU häufig durch den Zwang zur Einstimmigkeit gelähmt. Zur Steigerung der Handlungsfähigkeit waren daher mehr Mehrheitsentscheidungen nötig. Und da kann es natürlich vorkommen, dass Deutschland überstimmt wird. Aber insgesamt überwiegen die Vorteile, weil die EU jetzt schneller handeln kann.“

Fürs Große und das Ganze muss man – wie beim Rettungsschirm – auch mal Opfer bringen. Doch haben die Leute Gunther Krichbaum dafür gewählt? „Man kann“, lautet die Antwort, „in vielen Bereichen nationale Politik von Europapolitik nicht trennen.“

Der gutgelaunte Pforzheimer trägt die Last, die das Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen, zuletzt in der September-Entscheidung zum Rettungsschirm, dem deutschen Parlament auferlegt hat: Der Vertreter des Souveräns hat in allen wichtigen Fällen darüber zu wachen, was Angela Merkel in ihren Gesprächen mit den Mächtigen der anderen Staaten vereinbart hat, besonders wenn es um Haushaltsmilliarden geht.

Für Quickies zur Rettung des Euro ist das ein lästiger Umstand, eine Schmach am Verhandlungstisch mit Autokraten wie Nicolas Sarkozy. Doch für den Bundestag bringt es einen gewaltigen Schub an Selbstbewusstsein.

destag bringt es einen gewaltigen Schub an Selbstbewusstsein.

Jetzt lesen sie im Europaausschuss die Protokolle aus den vertraulichen Ratssitzungen immer gründlich nach: „Wir können nachprüfen, welche Positionen die Regierung vertreten hat – und welche Kompromisse geschlossen wurden“, freut sich Krichbaum. Und Schluss sei jetzt auch mit den ständigen Formulierungshilfen aus den Ministerien: „Wenn es an die Rechte des Bundestags geht, müssen wir den Hammer selbst in die Hand nehmen.“

Doch die Versuche, die Europadiplomatie der Berliner Regierung demokra-

tisch aufzurüsten, stoßen schnell an ihre Grenzen. Kaum hatte das Parlament – im Schutz des Bundesverfassungsgerichts – seine Beteiligung am Rettungsschirm EFSF in einer dramatischen Abstimmung Ende September durchgesetzt, ging der Ärger schon wieder los: weil unter der Hand die Regierung das Milliardenwerk per Hebelwirkung zum Billionenwerk umgebaut hatte. Binnen wenigen Tage musste der Bundestag erneut beschließen – kaum einer der Abgeordneten hatte da noch den Überblick, worüber er eigentlich entscheiden sollte.

Der Verfassungs- und Europarechtler Christian Calliess hält viele Volksvertreter für überfordert, bei den komplizierten Europathemen mitzureden: „Die Parlamentarier sind nicht anders als ihre Wähler, Europa ist nun einmal schwer zu verstehen.“ Die wenigsten Ausschüsse, die über EU-Angelegenheiten zu entscheiden hätten, verfügen über einen Europaunterausschuss. Oft seien die Abgeordneten, stellte Calliess fest, schon sprachlich von den Brüsseler Diskussionen abgekoppelt. Viele können nicht mal richtig Englisch.

Der Rechtsgelehrte sieht vor allem die Parteien in der Pflicht, hier etwas zu verbessern: „Die müssen mehr auf die EU-Qualifikation der Kandidaten achten.“

Doch wer könnte daran ein Interesse haben? Dem Volk ist nicht mit Brüsseler Expertentum zu imponieren, jede nationale Regierung ist froh, wenn die Abgeordneten nicht alles wissen – und keine Partei hat bislang eine Wahl wegen ihrer guten Volksvertreter im EU-Parlament gewonnen. Europapolitiker darf in der Regel werden, wer für den nationalen Wahlkampf nicht mehr recht zu gebrauchen ist. „Europa wird von vielen kleinen Männern und Frauen mit kleinen Visionen regiert“, schimpft in Florenz der Europarechtsprofessor Mario Chiti. Die Bürger werden von solchen Politikern nicht erreicht.

So gibt es auch keine funktionierende Meinungsbildung im Volk über Europa, sondern nur eine dumpfe Unzufriedenheit. 82 Prozent der Bevölkerung beurteilen das Euro-Krisenmanagement Angela Merckels nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov „eher schlecht“; zwei Drittel sprachen sich gegen eine Hilfe für Griechenland oder andere Staaten aus.

Frieden, Freiheit und ein gutes Leben für alle Europäer: Das ist keine Idee für einen nationalen Meinungsmarkt. Das Handicap der intergouvernementalen Europapolitik macht sich umso härter bemerkbar, je weiter die Krise die EU in Gewinner und Verlierer spaltet.

Dass erstmals unter dem Regime der EFSF die Steuerzahler reicher Nationen für die Schulden armer Länder haften,

sieht der Europadenker Jürgen Habermas als einen „Paradigmenwechsel“, der das europäische Miteinander einem Stresstest unbekanntes Ausmaßes unterzieht. Die Verteilung von Wohlstand, das „pursuit of happiness“ über die Staatsgrenzen hinweg, überfordert die Konsensfähigkeit der nationalen Demokratien.

Und wie stressig wird es erst werden, wenn die Bürger merken, dass die Transferunion keine Übergangslösung bleiben wird. Denn einige Länder der Euro-Zone werden – ganz gleich, wie groß die Rettungsschirme ausfallen – weiterhin unter Armut und Unterentwicklung leiden. Nur eine dauerhafte Teilhabe der Verlierer an den Profiten der Gewinner des europäischen Wettbewerbs kann Gerechtigkeit schaffen. Eine Transferunion klingt für die Bürger der wohlhabenden Nationen wie eine Zumutung – für Bürger Europas müsste sie selbstverständlich sein.

Wie also können die Europäer Bürger Europas werden?

Antworten darauf zu finden war bislang den Brüsseler Beamten vorbehalten. Die Kommission, die gewaltige Verwaltungsbehörde des Kontinents, führt das große Wort vom „Europa der Bürger“ seit langem auf den zahllosen Drucksachen, die unter blaugelbem Logo die 27 Mitgliedstaaten überschwemmen. Gute Worte und viel Papier.

Eigentlich wäre es Aufgabe von EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso, dem obersten Hüter der Verträge, die politische Union voranzutreiben. Doch der Portugiese fordert meist nur Dinge, die seiner eigenen Behörde nutzen. Wenn es an die eigene Macht geht, ist ihm die Zukunft Europas zweitrangig. So hört man von ihm kaum Vorschläge, die seine persönliche Rolle oder die der Kommission in Frage stellen.

Die Kommission ist die Exekutive der EU, ihre Mitglieder sind so etwas wie die Minister im Bundeskabinett. Nur mit dem Unterschied, dass am Berliner Kabinetts-tisch 15 Minister plus Kanzlerin sitzen, im Brüsseler Berlaymont-Gebäude dagegen 26 Kommissare plus Präsident.

Mit jeder EU-Erweiterung vergrößerte sich das Gremium. Pläne, es auf knapp 20 Kommissare zu beschränken, scheiterten 2008 am kleinen Irland. Damals votierten die Iren gegen den EU-Vertrag von Lissabon, und um sich doch noch ein Ja aus Dublin zu holen, blieb es vorerst bei dem Grundsatz: ein Kommissar pro Land.

Barroso aber kommt es nicht ungelegen, dass er über ein Kollegium von 26 Kommissaren regiert. Je mehr Kommissare es gibt, desto mehr Initiativen und Pressekonzferenzen sind garantiert, was die

Kommission in der Öffentlichkeit aktiver aussehen lässt. Zudem erschwert die große Zahl der Kommissare, dass Einzelne sich profilieren und dem Präsidenten Konkurrenz machen. So wurden die Themen mit den Jahren auf mehrere Kommissare verteilt, in einigen Fällen sind sie für Politikfelder zuständig, auf denen die EU gar keine Zuständigkeit hat.

Ein paar Männer und Frauen gehören dazu, die wollen mehr und geben keine Ruhe. Michel Barnier, der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, ist so einer. Kaum einer im Kommissionshaus verfügt über mehr politische Erfahrung als er. „Ich bin ein Politiker, nicht irgendein Super-Bürokrat aus Brüssel“, sagt er, und man könnte es als Seitenhieb auf den Kommissionspräsidenten verstehen.

Jedenfalls war es nicht Barroso, sondern Barnier, der im Mai in der Berliner Humboldt-Universität eine visionäre Rede über die Zukunft Europas hielt. Der Franzose forderte eine weitreichende Reform der EU-Institutionen:

- ▶ eine Fusion der Ämter des Kommissionspräsidenten und des Ratspräsidenten zu einem europäischen Präsidenten. Später könne dieser „sogar in direkter Wahl bestimmt werden“;
- ▶ Verschmelzung der Posten des Chefs der Euro-Gruppe und des EU-Wirtschafts- und Währungskommissars zu einem europäischen Finanzminister;
- ▶ ein europäisches Außenministerium;
- ▶ eine echte europäische Verteidigungspolitik mit einem eigenen Generalstab;
- ▶ eine koordinierte Einwanderungspolitik und die Schaffung eines europäischen Grenzschutzes.

Barnier macht es dringend: „Wir haben nicht viel Zeit, um die Weichen für unser Schicksal zu stellen.“

Der 1,90-Meter-Mann ist ständig unterwegs, ragt überall in Europa hervor, seine Botschaft zu verkünden. Jetzt sitzt er im Audi nach Freiburg. Barnier sortiert sein Manuskript, er soll gleich eine Rede vor dem Sparkassenverband halten. „Es ist ein Graben zwischen Europa und seinen Bürgern entstanden“, sagt Barnier. „Seit 60 Jahren wird Europa nun für die Bürger und in ihrem Namen aufgebaut, aber dies geschieht meistens ohne sie.“

Vereinigte Staaten von Europa? Das Wort ist zu groß. „Wir sind kein europäisches Volk“, sagt Barnier. Er spricht stattdessen von einer „echten Föderation der Nationalstaaten“.

Was wäre das? Jedenfalls mehr als die lockere Staatenbündelung seiner Landsleu-

te, der Franzosen. Ein Brüsseler Machtapparat mit politischen Entscheidungsträgern gehörte zumindest dazu – und nicht nur mit solchen, die aus den Mitgliedstaaten kämen, um hier mal ein Wochenende lang zu raufen. Doch vielen geht das nicht weit genug. Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa ist aus Brüsseler Diskussionszirkeln nicht mehr rauszubekommen. Eine große Anhängerschaft findet sich im EU-Parlament.

Rund hundert Abgeordnete aus allen Fraktionen pflegen ihre Vision von einer „Neuen Welt der unbegrenzten Möglichkeiten“. Sie tun es im Zeichen eines Krokodils. Denn „Au Crocodile“ hieß das Straßburger Restaurant, in dem schon in den achtziger Jahren der italienische Europapolitiker Altiero Spinelli mit ein paar Verschworenen hochfliegende Pläne für ein vereintes Europa ausheckte.

Die Runde hat ihren 1986 verstorbenen Namensgeber überlebt. Spinellis Erben streiten bis heute für die Pläne aus dem „Crocodile“. Zur Gruppe gehören auch Joschka Fischer und der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors.

„Unser Ziel ist ein föderales und postnationales Europa, ein Europa der Bürger“, heißt es in dem Krokodil-Manifest.

Der Mitinitiator und treibende Motor der Spinelli-Gruppe wird an einem kühlen Herbstabend vom VIP-Service des Brüsseler Flughafens direkt an die Maschine von Scandinavian Airlines gefahren. Eigentlich kommen EU-Abgeordnete nicht in den Genuss dieser Sonderbehandlung, doch Guy Verhofstadt war in seinem vorigen Leben Premierminister Belgiens. Er ist 58, wirkt aber deutlich jünger mit den langen Haaren und der Ledertasche, die an seiner Schulter baumelt.

Verhofstadt wollte 2004 Präsident der Kommission werden, aber viele Regierungschefs suchten das zu verhindern, allen voran der Brite Tony Blair, der den „Föderalisten“ Verhofstadt kategorisch ablehnte.

Stattdessen bekam der konservative Portugiese Barroso den Job, und Verhofstadt ließ sich ins Europaparlament wählen, wo er den Kommissionspräsidenten seitdem vor sich her treibt.

Verhofstadt setzt sich in die erste Reihe der Business-Klasse und zieht ein paar Blätter aus der Studenten-Ledertasche. Es ist der Entwurf eines Briefs an Barroso. Darin schimpft Verhofstadt auf die Mitgliedstaaten und fordert den Kommis-

sionschef auf, die Initiative zu ergreifen. Er fordert gemeinsame Euro-Anleihen und einen Europäischen Währungsfonds, weil das Prinzip der Einstimmigkeit beim bisherigen Rettungsschirm dazu führe, dass der Euro „von einer marginalen euroskeptischen Fraktion in einem einzigen Mitgliedsland als Geisel genommen wird“. Auch Verhofstadt schlägt die Schaffung eines EU-Finanzministers vor und will die Chefposten von Kommission und Rat verschmelzen. „Wir können nicht länger warten, wenn wir wollen, dass der Euro und die EU überleben.“

„Es gibt nur ein Entweder-oder“, sagt der Belgier auf dem Flug nach Stockholm. „Entweder löst sich die EU auf, oder wir machen jetzt einen Sprung hin zu einer politischen Union.“ Griechenland trage nur 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts der Euro-Gruppe bei, trotzdem habe es Europa in die Krise gestürzt. Und warum? „Weil es keine politische Union gibt.“

Verhofstadt lenkt den Blick über den Atlantik. „Schauen Sie sich Kalifornien an, die größte Wirtschaft der USA, riesige Probleme, die können nicht mal ihre Staatsbediensteten bezahlen. Und warum setzt das den Dollar nicht unter Druck? Weil Kalifornien Teil der politischen Union der USA ist.“

Die Spinelli-Gruppe hat keinen konkreten Schlachtplan hin zu einem föderalen Europa. Ihr Hauptziel ist, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen und so den Nährboden für die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Immer wenn sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Gipfel in Brüssel treffen, halten die Mitglieder des Spinelli-Kreises einen „Schatten-Rat“ ab. Das klingt wie Schattenkabinett, und genau so ist es gemeint: „Wir nehmen die Tagesordnung des echten Rates und sagen, zu welchen Beschlüssen die Staats- und Regierungschefs kommen müssten, wenn sie nicht ihr eigenes nationales Interesse in den Mittelpunkt stellen würden, sondern das europäische Interesse“, erklärt Verhofstadt.

Doch der Weg zu einem vereinten Europa, zu einer politischen Union, führt nicht durch die Konferenzräume des Ratsgebäudes, er führt über die Straßen, Plätze, Parlamente, durch die Medien, über eine europäische Öffentlichkeit. Nur wenn die Ideen der Europäer aus Brüssel die Bürger erreichen, werden die mitmachen. Werden sie mitmachen?

An der Peripherie ist Europa zum Greifen nahe. Frieden, Freiheit, gutes Leben: Alles dies verbindet sich für die Spanier mit dem Segen aus Brüssel, der nach dem Ende der Franco-Diktatur über die Iberi-

sche Halbinsel kam. Nach der Einführung des Euro wuchs die Wirtschaft stärker als im Durchschnitt der Währungszone.

Seit die internationale Finanzkrise vor drei Jahren in ihrem Land zum Absturz der den Aufschwung tragenden Immobilienbranche und zum Einbruch der Konjunktur führte, fühlen sich die Spanier von Europa in die Pflicht genommen.

Als Anfang September die sozialistische Regierung, erstmals unterstützt von der konservativen Volkspartei, im Eilweg die Verfassung änderte, um nach deutschem Muster eine Schuldenbremse einzuführen, zogen Demonstranten vor das von der Polizei weiträumig abgeriegelte Parlament im Herzen von Madrid. „Sie nennen es Demokratie, und es ist eine Diktatur“, skandierten jugendliche Anführer des Protests über Megafone vom Lastwagen an der Spitze des Zuges, und die Menge sang mit.

Auf selbstgemalten Transparenten trugen Junge und Alte gemeinsam Slogans wie „Nein zur durch die Verfassung legalisierten Armut“ durch die Prachtallee am Prado-Museum vorbei.

Und doch: Europa soll leben. Kurz vor der Abstimmung am Morgen des 2. September ist die Parlamentscafeteria gut gefüllt. Unter dem Klappern der Kaffeetassen bekennt der Sozialist Alex Sáez: „Bislang hat Europa uns nur Angenehmes gebracht. Jetzt müssen wir Politiker den Bürgern in aller Härte erklären, welche Verpflichtungen wir haben.“

Der Katalane aus der schmucken Kleinstadt Girona ist stellvertretender Vorsitzender des Europa- und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im spanischen Parlament. Sáez lobt den totalen politischen Konsens der in dem Gremium vertretenen Parteien: Nur „mehr Europa“ könne aus der Krise helfen.

Wenn die Europäer es bis zur Mitte des Jahrhunderts nicht schafften, sich in einer Föderation zusammenzuschließen, meint Guillermo de la Dehesa, Präsident des Centre for Economic Policy Research und einer der renommiertesten Finanzspezialisten Spaniens, dann werde Europa „durchfallen“. Die Weltwirtschaft würde dann allein von China, den USA und Indien beherrscht, kein einziges europäisches Land, so belegen seine Untersuchungen, wäre mehr unter den G8.

Gerade die Katalanen und Basken, die über eine eigene Kultur und Sprache verfügen, die sie pflegen, und die verstärkt nach weitgehender Autonomie vom Zentralstaat Spanien streben, befürworten eine politische Vertiefung in Richtung auf eine Föderation sehr stark.

Mit Europaskepsis sind in Spanien keine Wahlen zu gewinnen. Selbst die konservative Volkspartei PP, die beim Urnengang am Wochenende auf Sieg gepolt war, setzt auf mehr europäische Integration und befürwortet den Sparkurs à la Merkel. Obwohl die Konservativen für einen starken spanischen Zentralstaat eintraten, würden sie sich nicht widersetzen, mehr Kompetenzen an die Union abzutreten.

Alvaro Nadal, Finanz- und Europaexperte der PP, fragt jedoch, was die Euro-Zone in der Zwischenzeit tun soll, solan-

ge die Vereinigten Staaten von Europa gebaut werden. Sein Vorschlag ist, voranzugehen bei bestimmten Themen mit denen, die mitmachen wollen. Eine Koalition der Europawilligen.

Der Weg nach Brüssel scheint tatsächlich vielen spanischen Politikern erfolgversprechend. Lehrt doch der Landsmann Solana: Es sei eine „schöne Reise“ zu einem vereinten Europa.

THOMAS DARNSTÄDT, CHRISTOPH SCHULT,  
HELENE ZUBER

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Uns geht es noch zu gut“

Der britische Historiker Timothy Garton Ash über die Krise der EU, den Mangel an politischer Leidenschaft der Generation Merkel/Sarkozy und das gefährdete „Easy-Jet-Europa“ der Freiheit

**SPIEGEL:** Professor Garton Ash, nehmen wir an, Sie seien Arzt, und Europa sei Ihr Patient. Wie lautet Ihre Diagnose?

**Garton Ash:** Eine Frau, Europa ist ja eine Frau, jetzt mittleren Alters, die mehrere Herzinfarkte hinter sich hat, durchlebt gerade die größte gesundheitliche Krise ihres Lebens, die aber nicht tödlich verlaufen muss.

**SPIEGEL:** Was macht Europa krank?

**Garton Ash:** Die Krise kann sich so stark auswirken, weil die großen Motoren des europäischen Projekts nicht mehr laufen. Das waren die leidenschaftlich engagierten Politiker mit ihren persönlichen Erinnerungen an den Krieg, an die Okkupation, an die Diktatur, an den Holocaust und die sowjetische Bedrohung. Deshalb haben sie das Projekt vorangetrieben. Barack Obama hegt Wohlwollen, aber er interessiert und engagiert sich für Europa nicht mehr so wie amerikanische Präsidenten früherer Tage. Die Bundesrepublik war 40 Jahre lang ein großer Motor des europäischen Einigungsprozesses, aber das ist sie nicht mehr. Und dazu kommt die Krise einer nicht durchdachten Währungsunion.

**SPIEGEL:** Aber man kann der Generation Obama/Merkel/Sarkozy kaum vorhalten, dass sie nicht die gleiche Biografie hat wie Kohl und Mitterrand.

**Garton Ash:** Nicht vorhalten, aber feststellen. Ich habe immer gehofft, dass es 1989 einen neuen historischen Schub geben wird. Denn seither gibt es eine Generation aus Millionen Menschen, die Diktatur am eigenen Leibe erfahren haben. Angela Merkel gehört dazu, doch für sie folgt daraus nicht so viel.

**SPIEGEL:** Was sollte für sie daraus folgen?

**Garton Ash:** Die Kraft der Überzeugung. Wenn sich Angela Merkel am Anfang der Krise mit einem Appell an die Deutschen gewandt und ihnen gesagt hätte, dass es im nationalen Interesse liegt, die Euro-Zone zu retten, dann würde es heute in Deutschland und auch in Europa anders aussehen – die Stimmung wäre anders. Und die Rettung gefährdeter Euro-Länder hätte wahrscheinlich am Ende sogar weniger Milliarden gekostet.

**SPIEGEL:** Vor einem Jahr haben Sie gesagt: Frau Bundeskanzlerin, die Geschichte klopft nur einmal an die Tür. Hat sie das Klopfen inzwischen gehört?

**Garton Ash:** Ich glaube, sie hat es gehört. In der letzten Zeit hat sie entschiedener gehandelt und damit auch Wirkung erzielt. Aber alles steht immer noch auf der Kippe.

**SPIEGEL:** Demokratie und Kapitalismus sind seit dem Krieg im Westen ein Zwillingsspaar. Frisst der Kapitalismus in dieser Krise die Demokratie?

**Garton Ash:** Dieser Finanzkapitalismus, wie er sich in den letzten 20 Jahren fehlentwickelt hat, ist tatsächlich eine existentielle Gefahr, nicht nur für die europäischen Demokratien, sondern für den ge-

samen Westen. Machen wir uns nichts vor: Es handelt sich um eine große Wirtschafts- und Finanzkrise des Westens. Nicht der gesamten Welt, nicht des Ostens, sondern des Westens.

**SPIEGEL:** Doch nicht allein des Westens, denn China mit seinen riesigen Währungsreserven an Dollar und Euro kann es sich kaum erlauben, tatenlos und schadenfroh zuzuschauen, wenn Europa und Amerika nicht auf die Beine kommen.

**Garton Ash:** Natürlich gibt es Abhängigkeiten, aber es ist eine Krise des Westens. Sie hat im Westen angefangen und uns am schwersten getroffen. Zudem beschleunigt sie die Mächteverschiebung von West nach Ost. Dass der Westen jetzt Chinesen um Investitionen und den Kauf von Staatsanlei-

hen bitten muss, führt uns die Veränderung vor Augen.

**SPIEGEL:** In dieser Abhängigkeit liegt die Ironie der Krise.

**Garton Ash:** Ja, und was für eine Ironie! Im Vergleich zu dieser Mächteverschiebung ist der gewalttätige Islamismus eine sicherlich noch reale Herausforderung, aber er wird nicht die Weltgeschichte bestimmen. Das haben viele im letzten Jahrzehnt, angefangen mit George W. Bush, falsch eingeschätzt.

**SPIEGEL:** Die globale Auswirkung der Krise könnte die Generation Merkel ja zu mehr Engagement für Europa motivieren.

**Garton Ash:** Intellektuell stimmt dieses Argument zu 100 Prozent. Ob es allerdings so viel emotionale Zugkraft entfalten kann wie früher die Rote Armee, die mitten in Europa stand, lässt sich bezweifeln. Die Chinesen kommen ja nicht mit Panzern, sondern mit Investitionen.

**SPIEGEL:** In Berlin kursiert die Sorge, dass China zum Beispiel in Griechenland stark investieren könnte, falls Griechenland die Euro-Zone verlassen sollte – das wäre dann ein chinesischer Satrap in Europa.

**Garton Ash:** Das ist leicht übertrieben, aber es steht fest, dass sich 40 Prozent aller chinesischen Direktinvestitionen, die nach Europa fließen, auf Süd- und Osteuropa konzentrieren. So entsteht allmählich eine chinesische Lobby innerhalb der EU. Und da wir es im Süden und Osten Europas mit Ländern zu tun haben, deren Wirtschaftskraft gering ausfällt, fal-

len chinesische Investitionen ins Gewicht und haben auch politische Folgen.

**SPIEGEL:** Welche?

**Garton Ash:** Etwa wenn es um den Status der Marktwirtschaft oder das EU-Waffenembargo für China geht. Den meisten Europäern ist die Krise des europäischen Projekts noch nicht nahe gekommen. Und die Gefahr ist natürlich, dass es zu spät sein könnte, wenn die Krise nahe kommt.

**SPIEGEL:** Sie sind Brite und Pro-Europäer, eine rare Mischung. Steht Ihr Land nicht vor der Frage, ob es in Europa entweder ganz oder gar nicht mitmachen soll?

**Garton Ash:** Ja, jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit für Großbritannien, denn wenn die Euro-Zone gerettet wird, wird es eine Fiskalunion geben, und das heißt eine politische Union der Euro-Länder – ich vermute ohne Griechenland, aber plus einigen Beitrittskandidaten. Zugleich versucht die britische Regierung, bestimmte Befugnisse, beispielsweise in der Sozialpolitik, von Brüssel zurück auf die Insel zu holen. Das wird kaum gelingen. Dann stehen wir in Großbritannien in den nächsten zwei, drei oder vier Jahren vor der finalen Frage: rein oder raus?

**SPIEGEL:** Und wie wird die Antwort ausfallen?

**Garton Ash:** Sie werden überrascht sein, aber sie kann noch lauten: rein.

**SPIEGEL:** Glauben Sie wirklich daran, dass es so ausgeht?

**Garton Ash:** Ja, und deswegen versuchen die konservativen Euro-Skeptiker mit allen Kräften zu verhindern, dass es zu dieser existentiellen Alternative kommt. Der passive Konsens pro Europa ist in Großbritannien größer, als es scheint.

**SPIEGEL:** David Cameron musste sich unlängst von Nicolas Sarkozy sagen lassen, er möge zum Euro den Mund halten.

**Garton Ash:** Sarkozy traf den wunden Punkt. Camerons Haltung ist inkonsequent, denn er kann schlecht Anspruch darauf erheben, bei allen Entscheidungen zur Zukunft der Euro-Zone dabei zu sein, ohne dass Großbritannien dazugehören will. So geht es nicht. Entweder – oder.

**SPIEGEL:** Helmut Schmidt wirft den europäischen Eliten vor, sie wüssten in dieser Krise nicht, was auf dem Spiel stehe, weil sie von Ökonomie zu wenig verstünden. Hat er recht?

**Garton Ash:** Ich glaube nicht, dass dieser Aspekt entscheidend ist. Wichtiger ist, dass Regierungschefs wie Helmut Schmidt oder Helmut Kohl, auch François Mitterrand mit einem passiven Konsens der Bevölkerung rechnen konnten. Die

Menschen haben sich vielleicht nicht besonders für Europa begeistert, in Deutschland auch nicht für die Währungsunion, aber sie haben sie hingenommen, weil ihnen die Eliten gesagt haben: Das ist im Prinzip richtig und wichtig. Heute fehlt in ganz Europa dieser passive Konsens. Daraus folgt, dass die Überzeugungsarbeit, die in jedem Land zu leisten ist, ungleich größer und schwieriger ausfällt. Zehn Jahre lang ist sehr wenig auf diesem Gebiet passiert. So zahlen Merkel und Sarkozy auch den Preis für die Versäumnisse ihrer Vorgänger.

**SPIEGEL:** Sie zahlen den Preis, und sie werden für die Krise bestraft. In Portugal und Irland fanden Regierungswechsel durch Wahlen statt, in Spanien steht die sozialistische Regierung vor dem Machtverlust, in Griechenland musste Papandreu abtreten, und selbst Berlusconi blieb nur noch der Rücktritt.

**Garton Ash:** So ist es, so funktioniert Demokratie. Wir müssen dieses Europa mit dem Stoff bauen, den wir haben. Und dieser Stoff ist die nationale Demokratie.

**SPIEGEL:** Aber genügt das? Seit Europa im Griff der Finanzkrise steckt, florieren alte Konzepte aufs Neue. So sagen Jürgen Habermas und Joschka Fischer, jetzt sei es an der Zeit, die europäischen Institutionen zu demokratisieren. Können Sie solchen Vorschlägen etwas abgewinnen?

**Garton Ash:** Daran merke ich, dass ich inzwischen ein Veteran der Europa-Debatte bin: alles schon gehört, alles schon da gewesen, alles im Prinzip richtig. Ich glaube jedoch nicht, dass wir immer wieder ein großes Projekt für eine leuchtende Zukunft Europas benötigen, eine europäische Utopie auf Erden. Der Schlüssel für die Erneuerung Europas liegt heute noch in den nationalen Demokratien – dort wird Europa wiedergeboren, oder auch nicht. Wir sollten einfach Churchills berühmten Satz über die Demokratie auf das heutige Europa übertragen und sagen: Wir haben das schlechteste aller Europas, abgesehen von allen anderen, die wir schon ausprobiert haben.

**SPIEGEL:** Doch die Leidenschaft für Europa, die Sie vermissen, muss irgendwelche Wurzeln haben.

**Garton Ash:** Natürlich, aber mir genügt es, dass Europa erstmals in seiner Geschichte eine politische, ökonomische und sicherheitspolitische Gemeinschaft darstellt, in der die meisten Menschen frei sind und dazu Wohlstand, Bewegungsfreiheit und

auch ein bestimmtes Maß an sozialer Gerechtigkeit genießen. Und dieses Europa reicht von Portugal bis Estland, von Finnland bis Griechenland.

**SPIEGEL:** Ist das ein Appell zu mehr Bescheidenheit?

**Garton Ash:** Zu mehr Pragmatismus und Wirklichkeitsnähe. Es kommt darauf an, dass wir erkennen, was wir erreicht haben, und dass es uns gelingt, das Erreichte zu bewahren in diesem schwierigen 21. Jahrhundert mit der neuen Weltmacht China, mit dem Klimawandel und mit sieben Milliarden Menschen auf der Erde.

**SPIEGEL:** Die Vereinigten Staaten von Europa sollen nicht mehr das Ziel sein?

**Garton Ash:** An schönen Formeln mangelt es uns ja nicht. Uns mangelt es an Emotionen, an der Leidenschaft, den Menschen zu sagen: Leute, wollt ihr wirklich riskieren, was wir haben? Dass ein junger Mann in Griechenland oder in Estland morgens spontan ins Flugzeug steigen und nach Paris oder Rom fliegen kann, ohne Grenzkontrollen und ohne Geld zu wechseln, und dort vielleicht eine Frau oder Freunde findet, sich niederlässt und einen Job findet – das ist ein Fortschritt, den niemand aufs Spiel setzen sollte. Man muss es den Leuten klarmachen, dass ihr „Easy-Jet-Europa“, wie ich diese tagtäglich erlebte europäische Freiheit nenne, gefährdet ist, wenn die Euro-Zone zusammenbricht.

**SPIEGEL:** Wollen Sie damit sagen: Scheitert der Euro, scheitert Europa?

**Garton Ash:** Nein, aber ich bin der Meinung, dass es uns, den meisten Europäern, noch zu gut geht oder, brutaler gesagt: noch nicht schlecht genug. Denn das größte Problem Europas ist sein Erfolg, der für selbstverständlich genommen wird – selbst von jungen Bürgern der baltischen Staaten, die vor 21 Jahren noch nicht einmal auf der Landkarte Europas existierten. Ich bin ja viel in Polen unterwegs, und dort ist es genauso. Aber wenn das erlebte „Easy-Jet-Europa“ der Freiheit bedroht wird, dann kommt die Mobilisierung der jungen Europäer, da bin ich mir sicher.

**SPIEGEL:** Professor Garton Ash, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

#### **In der nächsten Folge:**

Völker oder Volk? Eine neue Regierung für Brüssel.

Das Gespräch führten die Redakteure Christoph Schwennicke und Gerhard Spörl in Berlin.